

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 482-483 / 21. Jahrgang, 1. Februar 2007

Atommüll:

Der Atommüll in ASSE II säuft ab. Wie unsicher ein Atommüll-Endlager in einem Salzstock ist, erklärt Prof. Dr. Rolf Berttram, bis zu seiner Emeritierung Leiter des Instituts für Physikalische Chemie und Elektrochemie an der Technischen Universität Braunschweig.

Seite 3

Atommüll:

Keramiken sind – entgegen bisherigen Hoffnungen – nicht optimal für den Einschluß von Plutonium. Zu diesem Ergebnis kommen Ian Farnan von der Universität Cambridge und Kollegen nach neuen Untersuchungen.

Seite 5

Atommüll:

Das Endlager für leicht- und mittelaktiven Atommüll in dem ehemaligen Kali- und Salzbergwerk Morsleben stürzt ein und ist undicht. Eine Rückholung der Abfälle ist nicht möglich, heißt es. Deshalb soll der seit 1998 bestehende Einlagerungsstopp in eine „Stillegung“ überführt werden.

Seite 6

Atompolitik:

Unter dem Titel „Herr Koppe klärt auf“ beschrieb der Deutschlandfunk am 22. Januar 2007 in einem Feature, wie der abgebrochene Physikstudent Johannes Koppe Chefideologe der deutschen Atomindustrie wurde und für die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte.

Seite 7

Energiewirtschaft

Den Wortbruch der Atomkonzerne mit dem Wechsel zu Ökostrom-Anbietern beantworten

Den Wortbruch der Atomkonzerne mit einem Wechsel zu Ökostrom-Anbietern zu beantworten – mit dieser Aufforderung an alle Stromkunden reagierte das Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen!“ auf den am 21. Dezember 2006 bekannt gewordenen Antrag der Energie Baden-Württemberg (EnBW), den Alt-Atommeiler Neckarwestheim 1 länger als im

Atomgesetz vorgesehen am Netz zu lassen. Die Strategie des Wortbruchs der deutschen Atomkraftwerksbetreiber erreicht mit diesem Antrag einen neuen Höhepunkt, erklärt Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter des Referats Politik & Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Umwelthilfe e.V.. Nach dem Essener Stromkonzern RWE demonstrierte nun auch das Karlsruher Unternehmen und

sein Vorstandsvorsitzender Utz Claassen, daß ihnen vertragliche Verpflichtungen, eigene Beteuerungen oder die Wünsche der Mehrheit ihrer Kunden wenig bedeuten.

Vor nicht einmal zwei Jahren hatte Claassen zur auch von EnBW unterzeichneten Atomkonsens-Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Stromwirtschaft erklärt: „Die Industrie kann nicht Planungssicherheit verlangen und dann in Frage stellen, was sie selbst mit verhandelt, vereinbart und unterschrieben hat.“ Im September 2006 kündigte nun Claassen nicht nur den jetzt erfolgten Antrag zur Verlängerung der Laufzeit für Neckarwestheim 1 an, sondern erklärte ihn gleichzeitig zum ersten Schritt seines Unter-

nehmens auf dem Weg zur vollständigen Aufkündigung des Atomausstiegs. Claassen: „Solange eine generelle Laufzeitverlängerung nicht geklärt ist, wollen wir Reststrommengen anderer Kraftwerke auf Neckarwestheim 1 übertragen.“

Die vier dominierenden Stromkonzerne EnBW, RWE, Vattenfall und E.ON nötigen mit diesem Vorgehen die Politik, den Atomausstieg rückgängig zu machen, erklärt Rosenkranz. Einzig und allein wegen der beim Weiterbetrieb ihrer bereits abgeschriebenen Altmeiler erzielbaren Milliardengewinne setzten sie sich über die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung hinweg. Doch niemand ist hierzulande gezwungen, Atomstrom zu kaufen. Die im Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen!“ zusammengeschlossenen Umweltverbände, Verbraucherschutzorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen rufen deshalb alle Strom-

Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, 15566 Schöneiche b.Bln.
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

kunden auf, jetzt die Vertragsbeziehungen zur Energie Baden-Württemberg (mit deren Strommarken „EnBW“, „Yellow“ und „NaturEnergie“) und zu den anderen wortbrüchigen Atomkraftwerksbetreibern aufzukündigen und den Atomausstieg selbst zu vollziehen: „Handeln Sie jetzt. Machen Sie Atomstrom zu einer immer schwerer verkäuflichen Ware. Wechseln Sie noch heute zu Ökostrom-Versorgern, die Elektrizität aus den erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Wasser und Biomasse und hocheffizienter Energieumwandlung bereitstellen. Sie werden sehen: Es fühlt sich angenehm an, mit sauberem Strom versorgt zu werden“.

Mit großem Aufwand hatte die EnBW in den zurückliegenden Monaten ihren Wortbruch vorbereitet. Zunächst wurde in Berlin ein aufwendiger Klimaschutzkongress veranstaltet, dann ein großes Publikum zur Vorführung des Films „Eine unbequeme Wahrheit“ geladen und so versucht, vom Glanz des Klima-Engagements des früheren US-Vize-Präsidenten Al Gore zu profitieren. Schließlich schaltete man in großen Zeitungen Anzeigen, die Atomkraftwerke nicht als Hochrisikotechnologie zeigen, sondern als romantisierte Biotope.

Leukämiehäufung

Anhörung im niedersächsischen Landtag

Die Leukämiefälle bei Kindern und jungen Erwachsenen bei Geesthacht und in der Elbmarsch sollen erneut Thema im niedersächsischen Landtag werden. Der Sozialausschuß des Landesparlaments beschloß in der zweiten Januarwoche 2007 fraktionsübergreifend, Wissenschaftler zu einer Anhörung einzuladen. Zuvor hatten sich die Bürgerinitiative gegen Leukämie in

Gleichzeitig hat EnBW kürzlich den Bau eines großen Steinkohlemeilers bei Karlsruhe angekündigt. Gemeinsam mit der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft (Mibrag) plant der Konzern außerdem beim sachsen-anhaltinischen Ort Profen ein 660 Megawatt-Braunkohlekraftwerk, das erheblich mehr Treibhausgase pro erzeugte Kilowattstunde ausstoßen würde als alle anderen Kraftwerkstypen. Noch Mitte Dezember 2006 unterzeichnete der EnBW-Vorstandschef mit anderen Spitzenmanagern einen offenen Brief des BDI gegen die Klimaschutzanstrengungen der EU-Kommission. All das entlarvt die Klimaschutzbetuerungen von EnBW als reine Propaganda.

Wie zuvor der RWE-Konzern will EnBW sein ältestes Atomkraftwerk und das zweitälteste in Deutschland (Neckarwestheim 1, kommerzieller Start 1976) länger betreiben als im Atomkonsens vorgesehen. Dafür soll sich die Laufzeit des jüngsten Meilers in Deutschland am selben Standort (Neckarwestheim 2, kommerzieller Start 1989) verkürzen. Dieses Vorgehen steht im direkten Gegensatz zum Sinn der Strommengenregelung, die die Möglichkeit eröffnen sollte,

der Elbmarsch, die Gesellschaft für Strahlenschutz, die deutsche Sektion der Ärztereinigung IPPNW sowie Mitglieder der vormaligen niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Leukämiekommissionen mit einer Bildokumentation „Die Elbmarschleukämien – Stationen einer Aufklärung“ an die Öffentlichkeit gewandt (siehe Strahlentelex 480-481 vom 4. Januar 2007). Als Ursache für die Leukämiehäufung wird darin eine Umgebungsradioaktivität bei Geesthacht in der Folge eines Unfallereignisses im September 1986 bei dem dort ansässigen GKSS-For-

Altreaktoren mit besonders fragwürdiger Sicherheit früher als geplant abzuschalten und dafür später errichtete Anlagen länger laufen zu lassen. Das Gegenteil ist jetzt geplant. Dahinter steht die Absicht, die Atomvereinbarung so lange ins Leere laufen zu lassen, bis eine den Konzernen genehme Bundesregierung gewählt ist und diese sich vom Atomausstieg verabschiedet. Katastrophenrisiken und die ungeklärte Entsorgung des Atomabfalls spielen bei diesen Planungen keine Rolle.

Durchschnittlich können die Konzerne pro Reaktor und zusätzlichem Betriebsjahr mit Extragewinnen von 300 Millionen Euro rechnen, in Neckarwestheim (Bruttoleistung 840 Megawatt) wären es rund 200 Millionen Euro pro Jahr, rechnet Rosenkranz. Es gehe bei dieser Operation um Sonderprofite und um nichts anderes. Die vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) mehrfach wiederholte Ankündigung, EnBW werde einen Teil seiner Zusatzgewinne abtreten, damit Land und Konzern gemeinsam die erneuerbaren Energietechnologien weiterentwickeln, bereite nur einen neuen Propagandacoup vor. Der Versuch von EnBW – ein Konzern, der im Gegensatz zu

RWE, Vattenfall und E.ON nicht über eine eigene fossile Brennstoffbasis verfügt –, sich mit der mittelfristigen Orientierung auf erneuerbare Energien „zukunftsfest“ zu machen, werde als großzügiges Geschenk an die Allgemeinheit verkauft. Doch in Wirklichkeit sei es umgekehrt: Der Staat würde EnBW durch das Gewähren von AKW-Laufzeitverlängerungen Sondererinnahmen beschere, die das Unternehmen bei den nötigen Investitionen in die eigene Zukunft entlasten.

Ein Anteil von 15,9 Prozent Erneuerbarer Energien an der Strombereitstellung von EnBW stammt mit 11 Prozent aus großen alten Wasserkraftwerken. EnBW verdient sein Geld hauptsächlich mit Atomstrom. Hauptaktionär ist der französische Staatskonzern Electricité de France (EdF), einer der größten Atomstromproduzenten der Welt. Über die EnBW-Tochter Yello Strom GmbH wird versucht, Atomstrom in Deutschland als gelb, gut und günstig zu vermarkten.

Information zum Wechsel des Stromanbieters unter: www.atom-ausstieg-selber-machen.de oder infoline: 0800-762 68 52. ●

Kügelchen darauf hin, daß sie aus einer sogenannten Hybridanlage stammen. Bei dieser kerntechnischen Entwicklungslinie sollten die Prinzipien der Energiefreisetzung durch Kernfusion und Kernspaltung kombiniert werden, um eine Effizienzsteigerung zu erreichen und gleichzeitig neues spaltbares Material zu erbrüten.

Wann die Anhörung im niedersächsischen Landtag stattfinden soll und welche Wissenschaftler von den Landtagsfraktionen benannt und eingeladen werden, war bei Redaktionsschluß noch unklar. ●